

Öffentlicher Dienst | 12.09.2024 | Lesezeit 3 Min.

Anteil der Beamten in Deutschland sinkt

Wie vielen privaten Unternehmen mangelt es auch dem Staat an Personal. Ein Privileg, mit dem Bund, Länder und Kommunen bei der Bewerbersuche punkten könnten, ist die Aussicht auf Verbeamtung. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Beamten an allen Staatsbediensteten allerdings gesunken.

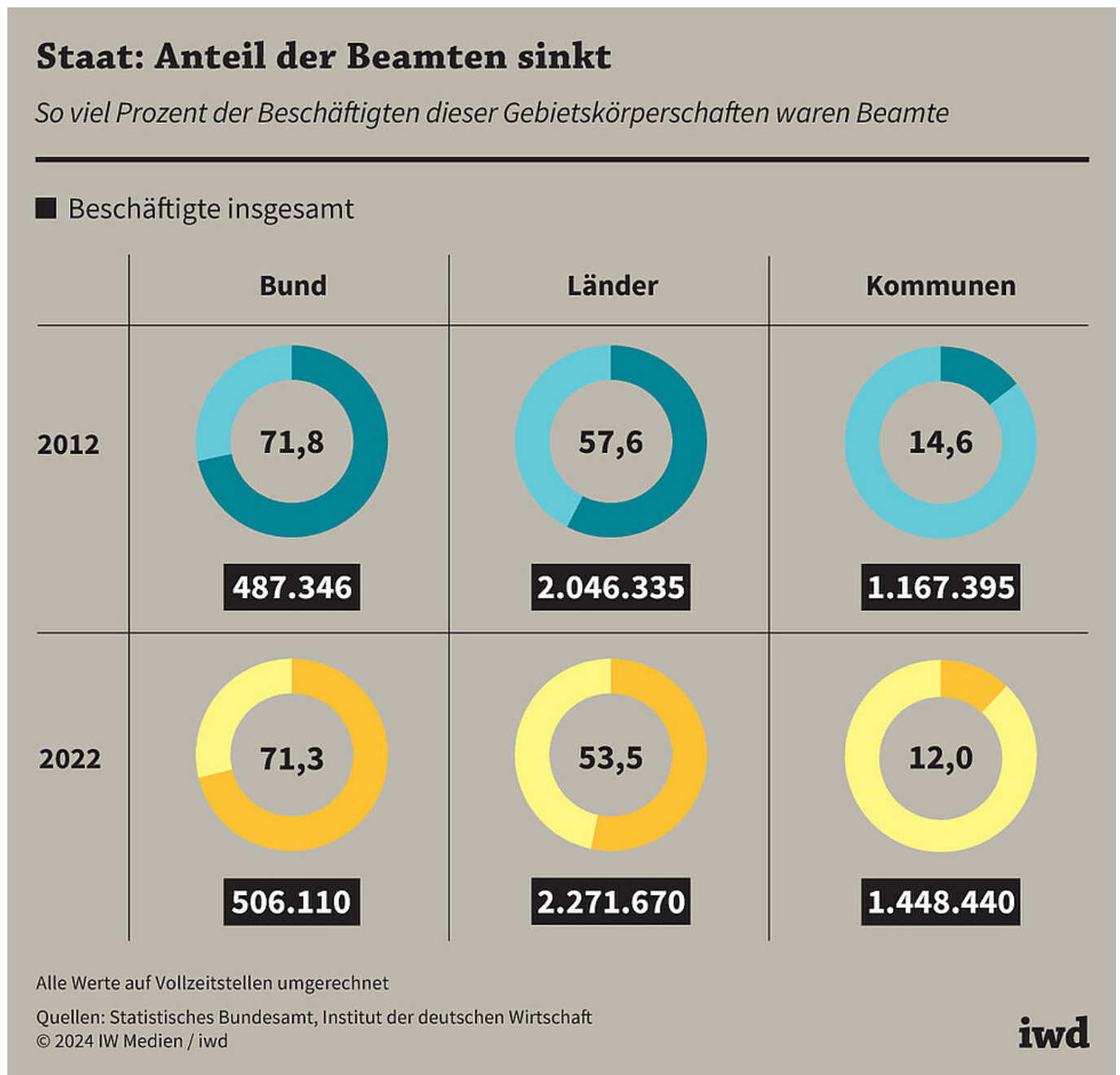
550.000 – so viele Beschäftigte fehlen dem Staat laut Beamtenbund aktuell, um alle seine Aufgaben erfüllen zu können. Nun lässt sich darüber streiten, ob nicht manche Dinge, um die sich die öffentliche Hand kümmert, verzichtbar wären. Allerdings ist der dafür erforderliche Bürokratieabbau erfahrungsgemäß mühsam und langwierig.

Wollen Bund, Länder und Kommunen kurzfristig neue Mitarbeiter gewinnen, stellt sich die Frage, womit sie die knappen Fachkräfte locken könnten. Ein möglicher Anreiz ist die Aussicht auf Verbeamtung und damit auf einen sicheren Job. In der Praxis zieht dieser Aspekt durchaus – werben doch einige Bundesländer anderswo angestellte Lehrer erfolgreich mit dem Versprechen einer Beamtenstelle ab.

Das Beamtentum hat in Deutschland zuletzt an Bedeutung verloren, vor allem auf Landes- und kommunaler Ebene.

Insgesamt hat das Beamtentum in Deutschland zuletzt allerdings an Bedeutung verloren (Grafik):

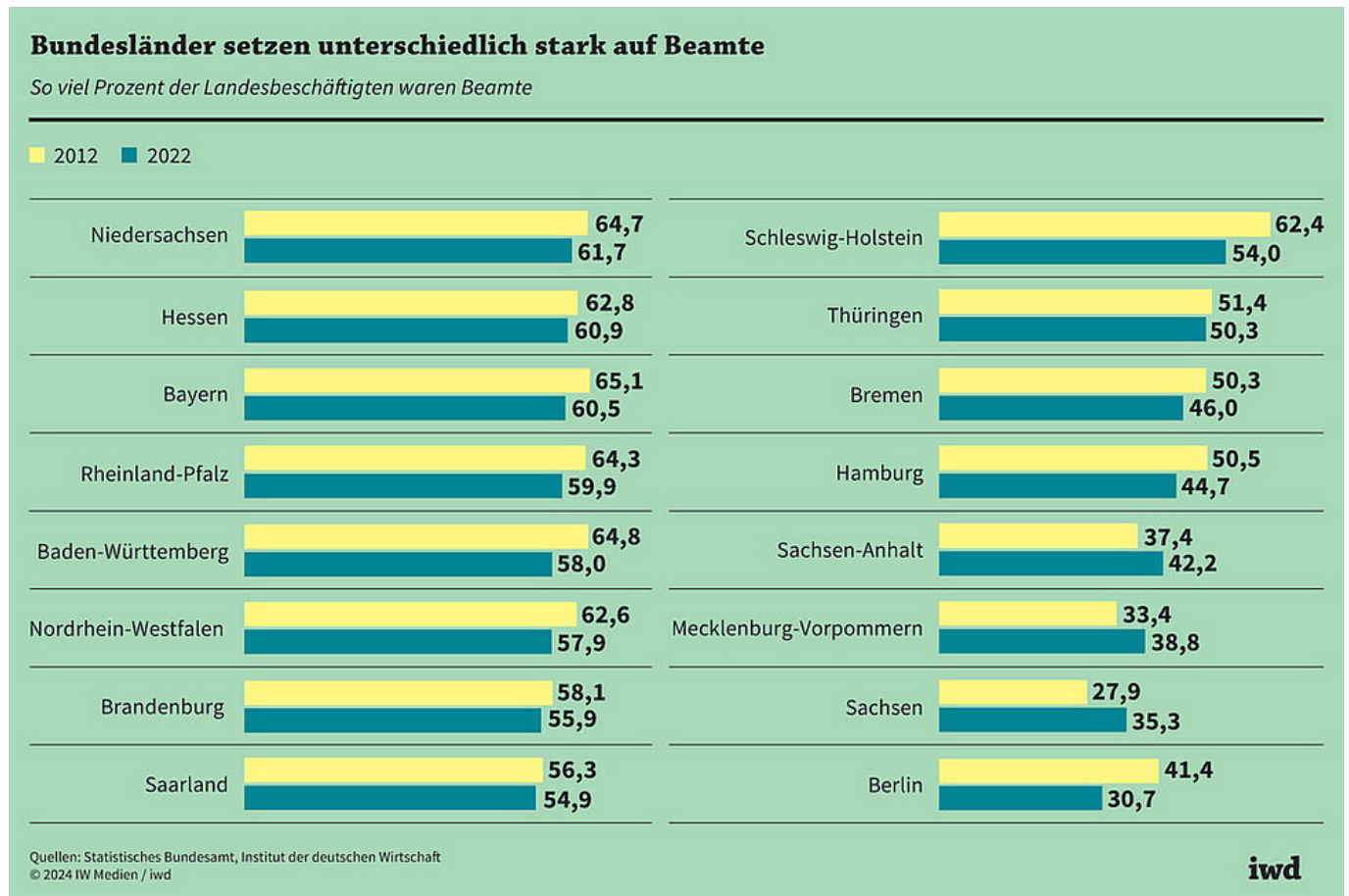
Der Anteil der Beamten an allen Bundesbeschäftigten sank zwischen 2012 und 2022 von 71,8 auf 71,3 Prozent. Auf Länderebene verringerte sich der Anteil von 57,6 auf 53,5 Prozent, bei den Kommunen von 14,6 auf 12 Prozent.



Zwischen den einzelnen Bundesländern variieren die Beamtenanteile zudem beträchtlich (Grafik):

Während in den westdeutschen Flächenstaaten Niedersachsen, Hessen und

Bayern mehr als 60 Prozent der Landesbeschäftigten im Jahr 2022 Beamte waren, lag der Anteil in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen unter 40 Prozent.



In diesen zwei ostdeutschen Bundesländern ist der Anteil der verbeamteten Beschäftigten seit 2012 allerdings merklich gestiegen, ebenso in Sachsen-Anhalt.

Näher beleuchten lassen sich diese Trends, wenn man auf die Aufgabengebiete schaut:

Bund. Der bezogen auf die Beschäftigung größte Aufgabenbereich des Bundes ist die Verteidigung mit zuletzt 239.000 Mitarbeitern. Hiervon waren im Jahr 2022 fast 82 Prozent verbeamtet - knapp 3 Prozentpunkte mehr als 2012.

Insgesamt am höchsten war der Anteil der Beamten in der Finanzverwaltung des Bundes, für die zuletzt 49.000 Beschäftigte tätig waren. Von ihnen hatten 2022 gut 86 Prozent einen Beamtenstatus.

Das waren noch einmal 0,5 Prozentpunkte mehr als 2012.

Bundesländer. Auch in der Finanzverwaltung der Länder war der Beamtenanteil 2022 mit fast 85 Prozent der 130.000 Mitarbeiter am höchsten. Hier gab es seit 2012 einen Zuwachs um rund 2 Prozentpunkte.

Anders der Trend im größten Aufgabengebiet:

Von den 1,33 Millionen Beschäftigten im Bereich „Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten“ im Jahr 2022 waren gut 48 Prozent Beamte - zehn Jahre zuvor hatte der Anteil noch 54 Prozent betragen.

Hier machte sich nicht zuletzt der im Schnitt gesunkene Beamtenanteil bei den Schulbediensteten bemerkbar. Allerdings verlief die Entwicklung je nach Region unterschiedlich. So sank die Beamtenquote an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in den westdeutschen Flächenstaaten von 2012 bis 2022 teils deutlich - in Rheinland-Pfalz beispielsweise um rund 10 Prozentpunkte auf etwa 80 Prozent.

In Ostdeutschland zeigte der Trend dagegen aufwärts - in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen etwa stieg der Beamtenanteil an diesen Schulen von 0,1 beziehungsweise 3,7 Prozent auf zuletzt jeweils gut 30 Prozent. Der Hintergrund: Nach der Wende zögerte die Politik im Osten lange, Lehrer zu verbeamten - vermutlich, weil sie vermeiden wollte, vom DDR-Regime geprägte Pädagogen bei Fehlverhalten nicht entlassen zu können. Insofern sind die verstärkten Verbeamtungen in jüngerer Zeit ein Beleg dafür, dass sich die Verhältnisse in Ost und West zunehmend angleichen.

Kommunen. Hier stieg die Mitarbeiterzahl im größten Aufgabengebiet, Soziales und Jugend, seit 2012 von 272.000 auf 391.000. Der Beamtenanteil sank zugleich von 9,9 auf 6,2 Prozent. Erklären lässt sich dies damit, dass vor allem in den Tageseinrichtungen für Kinder zusätzliche Mitarbeiter eingestellt wurden - verbeamtet ist jedoch kaum ein Beschäftigter in diesem Bereich.

Kernaussagen in Kürze:

- Obwohl die Aussicht auf Verbeamtung ein Anreiz ist, mit dem der Staat knappe Fachkräfte anziehen könnte, ist der Beamtenanteil bei Bund, Ländern und Kommunen seit 2012 tendenziell gesunken.
- In den Bundesländern gilt dies unter anderem für den Bildungsbereich, wobei der

Trend je nach Land unterschiedlich ausfällt.

- Die Kommunen haben zuletzt vor allem Beschäftigung im Bereich Soziales und Jugend aufgebaut – dort ist jedoch kaum ein Beschäftigter verbeamtet.